



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. November 2022  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **A 799 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über eine Reform der Finanzierung des Hochschulstudiums / Bildungs- und Kulturdepartement**

Gaudenz Zemp ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Gaudenz Zemp: Die Beantwortung meiner Anfrage ist sehr umfassend. Die Antworten sind gut recherchiert und die Argumentation kompetent und fundiert. Auf zehn Seiten wird eine gute Auslegeordnung der Sachverhalte gemacht, was sehr nützlich ist. Auf dieser Basis nimmt die Regierung aber eine Einschätzung vor, die wir nicht in allen Teilen nachvollziehen können. Der Tenor der Antworten lautet grundsätzlich, dass alles gut laufe und kaum Handlungsbedarf bestehe. Dem ist aber nicht so. Aus den Zahlen wird ersichtlich, dass die heutigen Systeme vor Langem eingeführt wurden und sich seither vieles grundlegend verändert hat. Vor 25 Jahren verfügten 12,4 Prozent der Bevölkerung über einen Abschluss in der höheren Berufsbildung, heute sind es 15,4 Prozent. Dieser Anteil ist also nur marginal gewachsen. Hingegen hat sich der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulstudium in der gleichen Zeit von 9,5 auf 29,6 Prozent mehr als verdreifacht. Die Situation ist also ganz anders als bei der Systemeinführung, und es würde mich überraschen, wenn kein Anpassungsbedarf vorhanden ist. Zudem wurde vor 25 Jahren das Wort Fachkräftemangel in diesem Rat wohl nie verwendet. Inzwischen hören wir dieses Wort praktisch in jedem zweiten Votum, und wir erreichen unsere Ziele nicht mehr, weil ganz einfach die Fachkräfte fehlen. Die Gesellschaft und die Wirtschaft wären also in solchen Zeiten auf ein besonders effizientes Bildungssystem angewiesen, das gilt auch für die Hochschulstudien. Sind sie das? In der Antwort zu Frage 8 heisst es: «Wir verfügen über keine Hinweise darauf, dass die Studienabbruchquoten hoch sind, dass sich die Studiendauer verlängert oder grundsätzlich zu lange ist, [...]» Dabei wird in der gleichen Antwort erwähnt, dass nicht weniger als 10 Prozent der Gymnasialabsolventinnen und -absolventen das Studium abbrechen. Ist das nicht eine hohe Zahl? Das Studium sollte eigentlich 3 Jahre für den Bachelor und 1,5 Jahre für den Master dauern, also total 4,5 Jahre. De facto dauert der Bachelor im Durchschnitt 4 Jahre und der Master 2,4 Jahre, also 2 Jahre länger, als vorgesehen. Die Studienverlängerung ist sehr lohnrelevant, auch bezüglich des Fachkräftemangels. Von jedem Jahrgang studieren rund 45 000 Personen an Hochschulen. Würde man die Studiendauer auf die vorgesehenen 4,5 Jahre bringen, wären jährlich zwei Jahrgänge im Arbeitsmarkt, somit wären das 90 000 Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Natürlich ist es immer in Ordnung, wenn ein Studium im Einzelfall länger dauert. Manchmal gibt es gute Gründe dafür, aber in der Regel sind die fehlenden und falschen Anreize schuld an den verlängerten Studien. Auch die Übergänge vom Studium in die Arbeitswelt verlaufen holprig, was die Diskussion rund um die beiden Fakultäten auch gezeigt hat. Der Hauptgrund, warum die Absolvierenden Teilzeit arbeiten, ist nicht die Familie oder etwas

anderes, sondern andere persönliche Interessen. Das ist einfach nicht korrekt. Wenn man sich vom Staat ein Studium finanzieren lässt und in der Regel zwei Jahre länger als vorgesehen studiert, sollte man doch auch in der Pflicht sein, in die Arbeitswelt einzusteigen und in einem höheren Pensum zu arbeiten. Aufgrund von zeitintensiven Hobbies oder der höheren Lebensqualität nicht zu arbeiten, ist nicht korrekt. Es besteht also durchaus noch Diskussionsbedarf, und die FDP verfolgt deshalb im Interesse der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Studierenden das Thema weiterhin.

Tobias Käch: Beim Lesen der Fragen und Antworten ist bei mir der Eindruck entstanden, dass man diese so auslegen kann, wie man das möchte: dass bei der Diskussion das Schwergewicht entweder auf den Kosten der Ausbildung, dem Anteil der Teilzeitstudierenden oder -arbeitenden liegt, beim Steuerertrag, der durch diese Berufsgruppe entsteht oder bei der Unsicherheit, welche die Teilzeitarbeit mit sich bringt. Da wir uns unsere eigene Meinung bilden konnten, verzichte ich darauf, nochmals auf diese Argumente einzugehen. Ich fühle mich aber auch ein wenig angesprochen. Ich arbeite Teilzeit, damit ich mich zu Hause für die Familie und politisch engagieren kann. Ich habe in Luzern eine Lehre gemacht und studiert und mich an der Hochschule Luzern sowie an der Universität Luzern weitergebildet. Meine Ausbildung hat den Staat bis jetzt etwa 200 000 bis 300 000 Franken gekostet. Nicht eingerechnet sind dabei alle anderen Kosten, die ich den Staat gekostet habe. Ganz so viel Steuern habe ich noch nicht bezahlt, und das, obwohl ich, seit ich mit 15 Jahren meine Lehre als Polymechaniker begonnen habe, meine Steuern auch wirklich immer bezahlt habe. Haben Sie für sich selber eine solche Berechnung auch schon angestellt? Als Mathematiklehrer weiss ich, dass man fast alles berechnen kann. Sinnvoll finde ich das nicht, spannend aber irgendwie schon. Wenn man nur den Franken betrachtet, lohnen sich die meisten Menschen für den Staat wahrscheinlich nicht. Müssen sie das? Warum wird jetzt explizit nach dem finanziellen Abschneiden einer Berufsgruppe gefragt? Die Regierung hat die Anfrage sachlich beantwortet.

Angelina Spörri: Gaudenz Zemp stellt viele Fragen, der Wille dahinter scheint relativ klar. In den Medien konnte auch schon viel darüber gelesen werden. Es gebe Studiengänge, welche viele Teilzeitarbeitende produziere, und die Bevölkerung finanziere diese Ausbildungen, das Geld werde aber infolge zu tiefer Pensen und somit tieferer Besteuerung nie zurückbezahlt. Man will mehr Berufsschüler und weniger Studierende an den Universitäten, so mein Verdacht. Die GLP-Fraktion teilt diese Haltung nicht. Wir sehen keinen Reformbedarf in der Finanzierung des Hochschulstudiums. Wir wollen verschiedene Branchen und Studiengänge nicht gegeneinander ausspielen und auch nicht werten, was eine sinnvolle Arbeit oder Ausbildung ist oder was nicht. Wir sehen auch den Grund der späteren, allenfalls höheren Teilzeitarbeit nicht in entsprechenden Studiengängen oder in der Unlust, später Vollzeit zu arbeiten, sondern in den noch immer bestehenden Hürden betreffend Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es braucht mehr Kita-Plätze und Tagesstrukturen, auch in den Schulferien, oder noch besser Tagesschulen und vor allem attraktive Anstellungsmodelle, die es möglich machen, möglichst überall Teilzeit arbeiten zu können, ohne dass die Karriere darunter leidet. Es braucht mehr Personen, die 70 statt 40 Prozent arbeiten, und vielleicht auch mehr, die 80 bis 90 Prozent arbeiten, anstatt in einem Vollzeitpensum. Natürlich ist das nicht immer und überall möglich, aber es sollte mehr der Fall sein. Wer attraktive Arbeitsplätze anbietet, hat oft weniger Probleme, die Stellen zu besetzen. Wir sehen in dieser eher unliberalen Forderung nach nachgelagerten Studiengebühren ein Bürokratiemonster und spielen den Ball ans Gewerbe zurück, mittels flexibler Arbeitszeitmodelle mehr Attraktivität an den Arbeitsstellen zu schaffen.

Urban Sager: Wir staunen sehr über die Fragen und Ausführungen von Gaudenz Zemp im Zusammenhang mit den nachgelagerten Studiengebühren. Hier werden die unterschiedlichen Ausbildungswege gegeneinander ausgespielt. In der Antwort sind konkrete Zahlen aufgeführt. Ich danke meiner Vorrednerin und meinem Vorredner für Ihre Aussagen. Wenn man das Ganze auf ein Beispiel reduziert, ist es nicht mehr aussagekräftig. Es zeigt sich vor allem, dass die Ausbildungswege sehr unterschiedlich sind und sich nur bedingt miteinander vergleichen lassen. Wenn man so haltlose Behauptungen wie in der Frage 8

aufstellt, welche die Regierung verdankenswerterweise ganz nüchtern widerlegt, zeigt, dass man primär die Berufsbildung gegenüber einer universitären Bildung höher gewichten will. Das Argument mit dem Fachkräftemangel ist einmal mehr stossend, weil es beim Fachkräftemangel auf allen Ebenen angezeigt ist, diesem entgegenzuwirken. Gerade auch universitäre Ausbildungen und Weiterbildungen auf Fachhochschulniveau sind sehr gefragt. Das zeigt die Regierung mit den Erwerbslosenquoten: Ohne einen nachobligatorischen Bildungsabschluss liegt diese Quote bei 9,2 Prozent, bei einem Sekundarstufe-II-Abschluss bei 4,4 Prozent und bei einem Tertiärabschluss bei 2,3 Prozent. Je höher die Ausbildung ist, desto tiefer ist die Erwerbslosenquote. Diese Zahl könnte ebenfalls entsprechend gewichtet werden. Auf diese Zahl ist Gaudenz Zemp aber nicht eingegangen. Er ist ebenfalls nicht darauf eingegangen, dass das Langzeitgymnasium und die Universitäten in seinem eingeforderten Beispiel am Schluss der günstigere Weg sind als die Berufsmatura und die Fachhochschule. Das zeigt, dass wir auf dem monetären Weg nicht weiterkommen. Zu den nachgelagerten Studiengebühren: Innerhalb der Schweiz sind die Menschen mobil, Bildung und Steuern sind aufgrund des föderalen Systems aber kantonal geregelt. Konkret kann das bedeuten, dass ich in Luzern bei meinen Eltern wohne, in Zürich studiere, später im Kanton Aargau wohne, aber in den Kantonen Solothurn und Baselland arbeite. Wie soll das nachgelagert berechnet werden? Ich habe vom Kanton Luzern Geld erhalten, da ich aber in Zürich studiert habe, hat eigentlich der Kanton Luzern dem Kanton Zürich einen Teil davon bezahlt, nun bezahle ich im Kanton Aargau Steuern und arbeite in den Kantonen Solothurn und Baselland – ein Bürokratiemonster sondergleichen also. Meines Erachtens ist das keine liberale Vorstellung, wie man das nachgelagert irgendwie lösen soll. Zum Schluss ein wichtiger Aspekt: Der Zugang zu Bildung muss für alle Menschen gewährleistet sein. Ein solcher Vorschlag schränkt aber genau das ein. Nachgelagerte Studiengebühren verhindern das, weil falsche Anreize geschaffen werden. Wie soll man mit 15 Jahren wissen, wo welcher Fachkräftemangel herrschen wird? Wieso werden Menschen mit Betreuungspflichten diesbezüglich bestraft, wenn sie nicht alles zurückzahlen können? Die SP-Fraktion sieht in dieser Anfrage überhaupt keinen Sinn.

Jonas Heeb: Die G/JG-Fraktion ist froh, dass die Antwort der Regierung so ausführlich ausgefallen ist. Dadurch wurde zur Genüge dargestellt, dass die doch sehr suggestiven Fragen und die vorab getroffenen Annahmen nicht standhalten. Die Antworten bestätigen, dass Menschen mit einem Hochschulabschluss insgesamt sehr gut im Arbeitsmarkt integriert sind und sie ihren Teil zur Gesellschaft beitragen. Ich musste beim Lesen der Antworten doch etwas schmunzeln, denn einmal mehr werden die ähnlichen Schlagwörter genannt, beziehungsweise man wirft sie sich gegenseitig vor. Eines davon ist die bekannte «Rosinenpickerei». Die Frage 3 scheint mir geradezu ein Modell dafür zu sein, wie eine solche Rosinenpickerei funktioniert. Es werden willkürlich Studiengänge genannt, um die Kosten pro Studierende zu erfahren. Daraus soll sich wohl das Bild ergeben, dass Gymnasialschülerinnen und -schüler und Universitätsabsolventinnen und -absolventen mit Abstand am meisten kosten. Ich bin froh, dass in der Antwort klar aufgeführt wird, dass sich diese Beträge gegenüber anderen Studiengängen klar unterscheiden und diese generell nicht miteinander verglichen werden können. Wir sind ebenfalls sehr erleichtert, dass aus der Antwort des Regierungsrates klar hervorgeht, dass ein solches Verschuldungssystem für Studierende nicht infrage kommt. Die Folgen wie Verschuldung, Mangel an Studierenden in relevanten Bereichen und generell eine Schwächung der tertiären Bildung werden ebenfalls genannt. Auch wir können dieser Idee nichts abgewinnen, viel mehr gibt es dazu auch nicht zu sagen. Es wurde ebenfalls aufgezeigt, dass auch Studierende ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten. Wir sind auch froh, dass die Möglichkeit besteht, ein Studium zu verlängern, wenn jemand sein Leben nebenbei finanzieren muss oder auch aus persönlichen Gründen. Es ist nirgendwo festgeschrieben, wie lange ein Studium zu dauern hat, und es soll auch niemandem vorgeschrieben werden. Seien wir froh, dass wir eine vielfältige Bildungslandschaft mit zahlreichen Möglichkeiten haben, und wir arbeiten daran, dass diese allen Menschen zugänglich ist. Lieber ein gerechter Zugang zu jeglichen Bildungsmöglichkeiten, statt die verschiedenen Formen gegeneinander auszuspielen.

Bernhard Steiner: Die Anfrage von Gaudenz Zemp zielt darauf ab, dass Studenten nach einer akademischen Ausbildung ebenfalls einen finanziellen Beitrag leisten und den Staat entlasten sollen. Seine Begründung ist, dass viele Akademiker später Teilzeit arbeiten und somit über die Steuern nur einen Teil an den Staat zurückführen. Die Regierung liefert aber wenig verlässliches Zahlenmaterial, um diese Annahmen klar zu bestätigen oder abzulehnen. Die Anfrage erinnert mich aber an das Sozialkreditsystem des chinesischen Staates, wo die jeweiligen Leistungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger immer miteinander verglichen werden können. Ich bin mir nicht sicher, ob das der liberalen Haltung von Gaudenz Zemp entspricht.

Gaudenz Zemp: Hier scheint ein Missverständnis vorzuliegen, ich habe kein Postulat eingereicht und etwas gefordert, sondern es handelt sich um eine Anfrage. Wir erkennen am Ende des Studiums einen gewissen Missstand, so wird es auch dargelegt. Der Bildungsökonom Stefan C. Wolter hat eine entsprechende Idee, und ich wollte prüfen, ob es sich dabei um eine gute Idee handelt oder nicht. Die Anfrage und die Antworten haben gezeigt, dass die Idee von Stefan C. Wolter nicht ausgereift ist. Ich bin in meinem Votum nicht speziell darauf eingegangen, sondern das ist aus der Beantwortung klar hervorgegangen. Einen Mythos müssen Sie aber begraben: Gründe für die Teilzeitarbeit sind weder die Familie noch die Arbeit, sondern die persönlichen Interessen.

Urban Sager: Ich finde es spannend, wenn die Liberalen den Leuten vorschreiben wollen, wie viel sie arbeiten müssen und am besten auch noch, wo und bei wem.

Pia Engler: Ich finde es völlig in Ordnung, wenn auch jemand ohne Kinder 80 Prozent arbeiten möchte.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich stelle fest, dass hier verschiedene Bildungswege gegeneinander ausgespielt werden. Diese Diskussion akzeptiere ich, man kann selbstverständlich darüber diskutieren, welche Bildungswege wichtig sind. Für die langfristige Steuerung ist das sehr relevant. Wir haben uns die Mühe gemacht, die Bildungskosten pro Bildungsweg aufzuzählen. Das kann man so machen, das ist aber eine falsche Sichtweise. Man kann nicht jeden Studiengang oder jeden Berufsweg mit Franken hinterlegen. Ich würde vorschlagen, dass wir eine volkswirtschaftliche Sichtweise vornehmen. Es gibt nun einfach Arbeiten, für die es verschiedene Funktionen und verschiedene Ausbildungen benötigt. So braucht es einen Architekten, der typischerweise studiert, damit ein Haus gebaut werden kann, und die Handwerker, die nicht typischerweise studiert sein müssen, die es bauen können. Wir haben heute eine komplexe Welt mit gewissen erhöhten Anforderungen, die teilweise mit einem Studium erworben werden. Man kann nicht einfach unendlich lange studieren. Natürlich gibt es einzelne sogenannte Bummelstudenten. Aber der Staat zahlt nicht ewig. Die Universitäten verfügen ebenfalls über Regeln bezüglich der Studiendauer. Es gibt also gewisse Mechanismen. Zur Rückforderung: Ich weiss beim besten Willen nicht, wie man das machen sollte. Ich persönlich habe während der Gymnasialzeit in Kriens gewohnt, später während des Studiums in Luzern, dafür haben meine Eltern bezahlt. Steuern habe ich in den letzten 20 Jahren in Luzern bezahlt, ich war ein Stadtluzerner Regierungsrat, es hat es nur niemand bemerkt oder merken wollen. Wenn ich ins Ausland ziehen möchte, dann würde es eine Wegzugsbesteuerung geben. Wenn Leute ins Land migrieren, müsste man fast eine Ablösesumme bezahlen. Verabschieden wir uns also ganz schnell von solchen Ideen. Eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise ist korrekt, wir müssen volkswirtschaftlich die richtigen Funktionen ausbilden, und ob jetzt die eine oder die andere etwas teurer ist, ist irrelevant.